Drucksachen-Nr.

0173/2022

öffentlich

**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden
Sitzung am 31.08.2022**

Anregung/Beschwerde gem. § 24 GO NRW

Antragstellerin / Antragsteller

Wird aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht

Tagesordnungspunkt Ö

Beschwerde vom 09.02.2022 über eine unangemessene und willkürliche Anhebung der Grundsteuer B in Bergisch Gladbach

Stellungnahme der Verwaltung:

Es sei zunächst darauf hingewiesen, dass der Petent der Offenlage seiner persönlichen finanziellen Verhältnisse, soweit sie sich aus den Anlagen zu dieser Vorlage ergeben, ausdrücklich zugestimmt hat. Aus diesem Grunde wurden in den Anlagen lediglich Name und Adressen unleserlich gemacht, die Zahlen jedoch beibehalten. Hierdurch ist es möglich, diesen Vorgang entsprechend dem Willen des Petenten in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Die Grundsteueranhebung hat erwartungsgemäß zu einer Vielzahl von Beschwerden geführt, die zu einem großen Teil von Bürgermeister Stein persönlich beantwortet wurden. Hierzu wurde ein genereller Antworttext entworfen, der - sofern notwendig, angepasst an den Einzelfall - allgemein verwandt wurde. Zur Kenntnis des Ausschusses ist dieser nachstehend aufgeführt. Er zeigt die Notwendigkeit der Erhebung der Grundsteuer auf und bittet um Verständnis für diese.

Sehr geehrte(r),

natürlich ist es nicht erfreulich, wenn Abgaben erhöht werden müssen. Sie können aber sicher sein, dass uns dieser Schritt nicht leichtgefallen ist. Dennoch halte ich die Erhöhung der Grundsteuer unter Abwägung aller Aspekte zum Wohl unserer Stadt für richtig.

Es ist zutreffend, dass die Grundsteuer in Bergisch Gladbach in den letzten zehn Jahren relativ niedrig war. In diesen zehn Jahren hat jedoch unsere Stadt von der Substanz gelebt. Die Straßen, die Schulen, die Verwaltungsgebäude und die gesamte öffentliche Infrastruktur wurden auf Verschleiß gefahren. Die Digitalisierung der Stadtverwaltung und insbesondere der Schulen sind sträflich vernachlässigt worden. Notwendige Investitionen in den Klima- und Umweltschutz hat es nur marginal gegeben. Was das bedeutet, haben uns nicht zuletzt die Corona-Pandemie und die Flutkatastrophe schmerzhaft vor Augen geführt: Wir sind leider nicht auf der Höhe der Zeit.

Fast täglich erhalte ich Mails und Briefe aus der gesamten Bürgerschaft, die sich völlig zu Recht über diese Missstände beschweren und dringend und schnell Abhilfe fordern. Es ist für mich der eindeutige Auftrag aus der Stadtgesellschaft, dies zu ändern. Dafür benötigen wir eine leistungsfähigere Verwaltung und die notwendigen Finanzmittel.

Deshalb sah die – auch mit den Stimmen der CDU-Fraktion beschlossene - Finanzplanung bereits seit 2019 vor, dass es in 2022 zu einer Erhöhung der Grundsteuer von 570 auf 670 Hebesatzpunkte kommen werde. Es sind mit dem Beschluss zum Haushalt 2022 noch einmal 61 Hebesatzpunkte dazu gekommen, und zwar zur Gegenfinanzierung der sozial gerechten Veränderung der Kita- und OGS-Gebühren. Diese wurden für einkommensschwache Familien und für Kinder von Selbstständigen reduziert, um die in der Vergangenheit hingenommenen eklatanten Benachteiligungen dieser Familien zu beseitigen. Das halte ich persönlich für eine richtige Entscheidung, da so alle Bürgerinnen und Bürger solidarisch den Familien helfen.

Aber wie immer im Leben ist auch diese Entscheidung nicht alternativlos gewesen. Es hätte zwei mögliche andere Wege gegeben, eine Erhöhung der Grundsteuer zu umgehen.

Die eine Option wäre gewesen, die städtische Infrastruktur weiter kaputtzusparen. Wir hätten keine weiteren Kita- und OGS-Plätze schaffen können. Sanierung und Neubau von Schulen hätten wir von der Tagesordnung streichen und auf weitere Investitionen in moderne Mobilität, Klima- und Umweltschutz verzichten müssen. Das kann man finanzpolitisch so sehen. Dafür stehe ich jedoch nicht zur Verfügung.

Die andere Option wäre gewesen, bei der Gewerbesteuer rechtzeitig die Weichen für gravierende Mehreinnahmen zu stellen. Das hätte aber zwangsläufig erfordert, im neuen Flächennutzungsplan in großem Umfang neue Gewerbeflächen auszuweisen. Dies ist aber in den zurückliegenden Jahren nicht geschehen. Aufgrund massiver Bürgerproteste in vielen Stadtteilen wurden fast alle durch die Verwaltung vorgeschlagenen neuen Gewerbeflächen von der Politik noch in der vergangenen Wahlperiode durch die Mehrheit von CDU und SPD aus dem Flächennutzungsplan herausgenommen.

Auch Bündnis 90 / DIE GRÜNEN lehnte die im Entwurf vorgesehenen Gewerbegebiete ab. Lediglich die FDP stimmte wegen aus ihrer Sicht zu geringer Gewerbeflächen gegen den Flächennutzungsplan. Das war eine legitime politische Mehrheitsentscheidung. Aber damit war nicht nur das Aufkommen der Gewerbesteuer für die Zukunft limitiert, sondern auch gleichzeitig der Grundstein für zukünftige Erhöhungen der Grundsteuer gelegt.

Bergisch Gladbach hatte und hat im Vergleich zu anderen Städten ein viel zu geringes Aufkommen aus der Gewerbesteuer. Keine neuen Gewerbeflächen und damit ein Verharren bei den traditionell geringen Gewerbesteuereinnahmen, aber gleichzeitig keine Erhöhung der Grundsteuer, das wäre Handeln nach dem Prinzip „wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“. Das kann nicht funktionieren.

Politik bedeutet für mich, sich nicht mit Blick auf Wahltermine beliebt zu machen, sondern das zu tun, von dessen Notwendigkeit man überzeugt ist. So ist es auch hier und dafür stehe ich auch ein.

Ich kann absolut nachvollziehen, dass Sie die Steuererhöhung kritisieren. Das Sie mir dies auch so klar und offen mitgeteilt haben, finde ich sogar gut. Bitte glauben Sie mir: Es vergeht kein Tag, an dem ich mir nicht den Kopf zerbreche, wie wir in unserer Stadt die großen Rückstände und Versäumnisse der Vergangenheit aufholen können und wie wir das alles auch finanzieren.

Ich hoffe, Ihnen die Beweggründe der Mehrheit des Rates zumindest verständlich gemacht zu haben. Wenn Sie weitere Fragen oder Anmerkungen dazu haben – lassen Sie uns darüber reden! Dazu bin ich gerne bereit.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Stein

Der Beschwerdeführer hat nach Erhalt des Widerspruchsbescheides keine Klage vor dem Verwaltungsgericht Köln erhoben. Verwaltungsseitig ist der Fall somit erst einmal abgeschlossen.